

## BESCHLUSSPROTOKOLL

<b>Gremium</b>	<b>Sitzung am</b>	<b>Seiten insgesamt</b>
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	12.03.2024	

<b>Sitzungsort</b>	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
<b>Sitzungsdauer</b>	17:00 - 21:21 Uhr

Öffentliche und nicht öffentliche Sitzung
---

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

---

Vorsitzende

---

Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.



**Tagesordnung:****Öffentliche Sitzung:**

- 1 Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Bad Dürkheim ab 1. Juli 2024
- 2 Friedhöfe Bad Dürkheim  
Sachstandsbericht und nächste Schritte zur Friedhofsentwicklungsplanung
- 3 Katzenschutzverordnung  
Sachstandsbericht
- 4 Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen  
Zuwendungen gem. § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung
- 5 Limburg  
hier: Förderung durch Bund und Land
- 6 "Verschwörungsideologien in städtischen Veranstaltungsräumen-demokratiefeindliche  
Auftritte in der Salierhalle zukünftig verhindern"; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom  
05.03.2024
- 7 Informationen -Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nach § 10a KAG hier:  
Abrechnung der Veranlagungs-/Festsetzungsjahre Abrechnungseinheit 1 für 2021 und  
2022  
-Aktueller Sachstand zur Umsetzung der Grundsteuerreform in Bad Dürkheim
- 8 Anfragen

**Anwesenheitsliste**

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

vom 12.03.2024

**Bürgermeisterin:**

Bauernschmitt, Natalie

**Erste Beigeordnete:**

Hagen, Judith

**Beigeordnete:**

Brust, Karl

**CDU:**Brand, Thorsten  
Darting, Helmut  
Ester, Gerd  
Hoffmann, Gisela  
Wolf, Andreas  
Wolf, Markus**SPD:**Bayer, Karlheinz  
Geis, Thomas  
Kissel, Kerstin bis TOP 12  
Lang, Ralf**FWG:**Freunscht, Jürgen Vertretung für Herr Jochen Schmitt  
Krick, Frank  
Strobel, Angela**FDP:**

Schubert, Walter

**FRAKTIONSLOS:**

Maleri, Monika

**BÜNDNIS 90/GRÜNE:**Bäumel, Horst Vertretung für Herr Prof. Thomas Giel  
Spaeth, Elke**Verwaltungsmitarbeiter:**Hauenstein, Martina bis TOP 2  
Petry, Dieter ohne TOP 11 - 17  
Pletscher, Lars  
Schneider-Joseph, Christine bis TOP 3

Sokolowski-Kühn, Maik

ohne TOP 11 - 17

**Schriftführerin:**

Feigel, Stefanie

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### Tagesordnungspunkt 1:

Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Bad Dürkheim ab 1. Juli 2024  
Vorlage: 2024/0039/1.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein. Sie erinnert an den Beschluss des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 28.11.2023: Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer zu erarbeiten, um die Einnahmesituation der Stadt Bad Dürkheim insbesondere im Hinblick auf anstehende Investitionen zu verbessern und Menschen mit Zweitwohnsitz in Bad Dürkheim an den Infrastrukturkosten zu beteiligen.

Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn erläutert die Einzelheiten an Hand einer Beamer-Präsentation.

Anmerkung: Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Es werden verschiedene Fragen gestellt, die von Bürgermeisterin Bauernschmitt und Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn beantwortet werden.

Alle Fraktionen signalisieren ihre Zustimmung zur Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer.

.

### Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Bad Dürkheim ab 1. Juli 2024 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

### Tagesordnungspunkt 2:

Friedhöfe Bad Dürkheim

Sachstandsbericht und nächste Schritte zur Friedhofsentwicklungsplanung

Vorlage: 2024/0050/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt verweist auf die Sitzungsvorlage. Sie berichtet über den Wunsch nach neuen Bestattungsformen. Auch sei eine Bedarfsermittlung für Kindergräber und Bestattungsformen für religiöse Minderheiten beabsichtigt.

Fachbereichsleiterin Schneider-Joseph stellt die nächsten Schritte für die Friedhofsentwicklungsplanung an Hand einer Beamer-Präsentation vor.

Anmerkung: Die Präsentation war der Sitzungsvorlage bereits als Anlage beigefügt und ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Ratsmitglied Lang bezieht für die SPD-Fraktion Stellung: Bei der Friedhofsentwicklungsplanung sollten die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden. Zukünftig sollten auch neue Bestattungsformen zugelassen werden. Die SPD-Fraktion begrüße die vorgestellte weitere Vorgehensweise und fordert, die geplante Zeitschiene einzuhalten und die Rückstände abzarbeiten.

Ratsmitglied Markus Wolf betont die Wichtigkeit einer neuen Friedhofssatzung und die Einhaltung des Zeitplans. Wenn die Verwaltung die Friedhofsbedarfsplanung nicht selbst leisten könne, müsse ein Büro entsprechend beauftragt werden. Er fordert für alle Friedhöfe ähnliche Angebote.

Ratsmitglied Strobel schließt sich für die FWG-Fraktion ihren Vorrednern an.

Für Ratsmitglied Bäuml ist es wichtig, auch Bestattungsformen für Religionsminderheiten zu ermöglichen.

Ratsmitglied Schubert begrüßt die Aufhebung der Bestattungsbezirke und die Einführung moderner Bestattungsformen.

Fachbereichsleiterin Schneider-Joseph und Sachgebietsleiterin Hauenstein teilen mit, die Bedarfsplanung selbst erstellen zu wollen. Sollte man bis Herbst erkennen, dass dies nicht funktioniere, werde man die Bedarfsplanung vergeben.

Ratsmitglied Brand moniert, dass bereits im Jahr 2019 besprochene Punkte sich nicht in der Präsentation finden. Er nennt Sitzmöglichkeiten vor der Aussegnungshalle oder auch das Anbringen von Sonnenschutz.

Ratsmitglied Markus Wolf regt an Satz 2 des Beschlussvorschlags folgendermaßen zu ergänzen: „Die Verwaltung wird beauftragt, zusätzliche Bestattungsmöglichkeiten für alle Friedhöfe zu prüfen.“

Die Beteiligten signalisieren hierzu ihre Zustimmung.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, zusätzliche Bestattungsmöglichkeiten für alle Friedhöfe zu prüfen. Konzepte zu den konkreten Wünschen aus den Ortsteilen Leistadt (Friedwingert) und Seebach (Memoriangarten) sollen erarbeitet und den Gremien im Herbst 2024 mit entsprechender Kostendarstellung vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

### **Tagesordnungspunkt 3:**

Katzenschutzverordnung

Sachstandsbericht

Vorlage: 2024/0034/3.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert über den Wunsch verschiedener Tierschutzvereine zum Erlass einer Katzenschutzverordnung, um Überpopulationen einzudämmen und Tierleid zu mindern.

Fachbereichsleiterin Schneider-Joseph gibt in Form einer Beamer-Präsentation einen kurzen Überblick über den Sachstand zum Erlass einer Katzenschutzverordnung.

Anmerkung: Die Präsentation war der Sitzungsvorlage beigelegt und ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Ratsmitglied Lang schlägt vor, mit den beteiligten Tierschutzvereinen eine gemeinsame Lösung zu finden. Das Thema müsse unbedingt weiterverfolgt werden. Er habe Hinweise erhalten, dass sich in leerstehenden Häusern teilweise 16 – 18 Katzen aufhielten.

Fachbereichsleiterin Schneider-Joseph führt aus, dass jede Verordnung Einschränkungen zur Folge habe und daher auch die Grundlagen für Verordnungen vorliegen müssen. In diesem Fall müsse es sich um eine hohe Anzahl von Tieren handeln, die Tierleid erfahren. Diese Voraussetzung sei nach den vorliegenden Zahlen derzeit nicht erfüllt. Man müsse schauen, wie sich die Zahlen im Sommer entwickeln.

In diesem Zusammenhang berichtet sie darüber, dass die Tiernotinsel Bad Dürkheim e.V. die Vereinbarung mit der Stadt zur Zuführung, Verwahrung und Pflege von Fund- und herrenlosen Tieren zum Ende des Jahres gekündigt habe.

Ratsmitglied Markus Wolf stimmt zu, man könne nicht einfach eine Satzung erlassen, sie müsse auch rechtssicher und durchsetzbar sein. Die Daten sollten daher nochmals gesammelt werden und im Herbst könne man entscheiden, ob diese Zahlen den Erlass einer Katzenschutzverordnung rechtfertigen. Zudem solle das Gespräch mit der Tiernotinsel e.V. und anderen Tierschutzvereinen gesucht werden, um ab Januar 2025 wieder eine Lösung für die Unterbringung von Fundtieren zu haben.

Die Ratsmitglieder Strobel und Bäuml sehen den Wunsch nach einer Katzenschutzverordnung als Hilferuf der Tierschutzvereine. Man sollte die Expertise der Tierschutzvereine ernst nehmen. Ratsmitglied Krick sieht die Notwendigkeit einer Verordnung, aber die Datenlage lasse den Erlass einer Verordnung noch nicht rechtssicher zu. Es mache Sinn, Streuner zu minimieren.

Nach weiterer Diskussion einigen sich die Ausschussmitglieder auf nachfolgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird gebeten, das Thema erneut aufzurufen, wenn genauere Zahlen vorliegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**Tagesordnungspunkt 4:**

Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen  
gem. § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung

Vorlage: 2024/0031/FB1

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss stimmt der Annahme der in der Anlage aufgelisteten Spenden zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

## Tagesordnungspunkt 5:

Limburg

hier: Förderung durch Bund und Land

Vorlage: 2024/0067/2.2

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert an Hand der Sitzungsvorlage den Sachverhalt. Sie stellt dar, dass im Haushalt 2024 für den ersten Bauabschnitt Planungskosten in Höhe von 100.000 € unter der Bedingung bereitgestellt wurden, dass die Förderbescheide von Bund und Land vorliegen. Der Bau- und Entwicklungsausschuss hatte ebenfalls beschlossen, den Auftrag für die Planung des ersten Bauabschnitts erst in Auftrag zu geben, wenn die Bewilligungsbescheide von Bund und Land vorliegen. Bis jetzt liege aber nur eine Absichtserklärung des Bundes vor, den ersten Bauabschnitt mit 50 % zu fördern, wenn das Land sich mit 33 % beteilige. Vom Land gebe es aber erst ein informelles Schreiben, dass mit einer Förderung von 25 % zu rechnen sei. Um den Zeitplan einhalten zu können, müssten aber jetzt die Planungsaufträge erteilt werden.

Es müsse daher entschieden werden, ob die Planungsaufträge ohne die entsprechenden Bewilligungsbescheide von Bund und Land beauftragt werden können.

Die Beteiligten haben Bedenken, die Planungsaufträge ohne Bewilligungsbescheide zu vergeben und fordern die Verwaltung auf, das Land nochmals unter Druck zu setzen, die Bewilligungsbescheide zu erlassen.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, den Tagesordnungspunkt auf die Sitzung des Stadtrates in der nächsten Woche zu vertagen.

Bürgermeisterin Bauernschmitt trägt nachfolgenden Beschlussvorschlag für die Sitzung des Stadtrates vor: „Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung bei Land und Bund bezüglich der möglichen Zuschüsse nachzufragen und auf eine verbindliche Zusage zu drängen. Vorab wird bereits die Entwurfs- und Ausführungsplanung an das Büro Kayser + Böttges in Höhe von 67.000 € vergeben. Vor weiteren Ausgaben oder Ausschreibungen ist der Stadtrat zu informieren, wenn bis zu diesem Zeitpunkt keine Förderbescheide von Bund und Land in Höhe von mindestens 80 % vorliegen.“

### Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt und in der Sitzung des Stadtrates vom 19.03.2024 beraten.

Abstimmungsergebnis: Vertagt - Beratung im SR

### Tagesordnungspunkt 6:

"Verschwörungsideologien in städtischen Veranstaltungsräumen-demokratiefeindliche Auftritte in der Salierhalle zukünftig verhindern"; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 05.03.2024  
Vorlage: 2024/0064/FB1

Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert darüber, dass die Vertragsverhältnisse mit der Salinenhotel GmbH überarbeitet werden müssten. Hierzu gebe es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung noch Informationen.

Ratsmitglied Lang erläutert und begründet den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 05.03.2024 „Verschwörungsideologien in städtischen Veranstaltungsräumen-demokratiefeindliche Auftritte in der Salierhalle zukünftig verhindern“.

Ratsmitglied Bäuml begrüßt den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und schlägt vor, den Antrag zu erweitern: Es müsse für alle Räume und Flächen eine Lösung für die Kriterien zur Vermietung geben. Es sollte erreicht werden, dass Räume und Flächen nicht an Veranstaltende überlassen werden, die rassistische, antisemitische, salafistische, antidemokratische, sexistische, gewaltverherrlichende, oder andere menschenfeindliche Inhalte vertreten und verbreiten.

Ratsmitglied Markus Wolf betont, dass demokratiefeindliche Veranstaltungen in Bad Dürkheim keinen Raum haben dürften. Aber alle Veranstaltungen, die sich im Rechtsrahmen und im Rahmen des Grundgesetzes bewegten, müssten in Bad Dürkheim möglich sein. Er könne dem Antrag zustimmen, die Verwaltung müsse die Rahmendaten liefern, dann müsse man sich anschauen, welche Optionen es gebe.

Ratsmitglied Strobel stimmt für die FWG-Fraktion dem Antrag zu. Es gehe darum eine vermittelbare Gratwanderung zu schaffen in der Frage was zulässig sei und was nicht. Ratsmitglied Schubert führt aus, die Stadt müsse Zugriff auf das Vermietungsrecht haben, wer wird in der Halle zugelassen und wer nicht, weil sie die Eigentümerin der Halle sei. Meinungsfreiheit sei garantiert, Hass und Hetze sowie Fremdenfeindlichkeit aber nicht.

Anmerkung: Ratsmitglied Freunsch verlässt den Sitzungssaal.

### Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, wie zukünftig sicher gestellt werden kann, dass demokratiefeindliche Personen nicht mehr in der Salierhalle und anderen städtischen Veranstaltungsräumen auftreten können. Entsprechende Handlungsoptionen sind dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss sowie dem Stadtrat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

### Tagesordnungspunkt 7:

Informationen -Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nach § 10a KAG hier: Abrechnung der Veranlagungs-/Festsetzungsjahre Abrechnungseinheit 1 für 2021 und 2022  
-Aktueller Sachstand zur Umsetzung der Grundsteuerreform in Bad Dürkheim

Anmerkung: Ratsmitglied Freunscht kehrt in den Sitzungssaal zurück und nimmt am weiteren Verlauf der Sitzung teil.

Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert darüber, dass rund 400 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer für die Kommunal- und Europawahl in dieser Woche berufen werden. Da man aber mit einigen Absagen rechnen müsse, suche man weiter nach Helfenden. Ratsmitglied Markus Wolf schlägt vor, auf der Homepage der Stadt über eine entsprechende Kachel über die Aufgaben von Wahlhelfenden zu informieren und einen Aufruf zur Mithilfe zu starten.

Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn berichtet über den Stand zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. In der zweiten Jahreshälfte würden die ersten Bescheide verschickt werden. Für 2021 würde 7 Cent pro qm und 2022 8 Cent pro qm erhoben werden. Er informiert über einen Rechtsstreit zur Straßenausbaubeitragssatzung, den die Stadt gewonnen habe, was die städtische Rechtsauffassung gefestigt habe.

Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn informiert zum Stand der Grundsteuerreform. Die Grundsteuerdaten vom Finanzamt würden nur noch digital geliefert. Derzeit könne der Softwareanbieter der städtischen Finanzsoftware die Daten noch nicht umsetzen, so dass sich noch keine Tendenz erkennen lasse, in welche Richtung sich die Messbeträge entwickeln. Er hoffe in der nächsten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses im Mai die entsprechenden Daten vorlegen zu können.

Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn berichtet über die finanzielle Entwicklung des Projektes „Drei Mühlen“ anhand einer Beamer-Präsentation.

Anmerkung: Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

### **Tagesordnungspunkt 8:**

Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Bauernschmitt, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.05 Uhr.